

Kopfgeburt Europaregion Tirol

Genesis und Entwicklung eines politischen Projekts

Günther Pallaver

Der Begriff „Region“ wird inhaltlich unterschiedlich verwendet und je nach politischem Standpunkt funktional anders eingesetzt. Selbst die Europäische Union hat sich trotz des auf der Grundlage des Europäischen Vertrags 1993 eingerichteten „Ausschusses der Regionen“ nicht auf einen eindeutigen Begriff geeinigt; auch nicht auf einen Begriff, der die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Definierung einer Region festsetzt. Die regionale Förderungspolitik der EU erfolgt im wesentlichen auf der Grundlage der Systematik der Gebiets-einheiten für die Statistik (NUTS).

Dieses begriffliche Defizit hängt vor allem damit zusammen, daß die „Regionen“ der einzelnen Mitgliedsländer der EU je nach politischem System unterschiedliche Rechtsstellungen innehaben und von außen auch unterschiedlich wahrgenommen werden. Regionen regionalisierter Staaten weisen andere Charakteristiken auf als jene unitaristischer, föderalisierter oder lediglich administrativ dezentralisierter Staaten.

Ausgehend von der Vielschichtigkeit des Begriffs, die einen breiten Interpretationsrahmen und Ermessensspielraum eröffnet, vertritt Sylvia Pintarits die Auffassung, daß „Region“ nur im sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen oder wissenschaftlichen Kontext definierbar ist. Dabei spricht sie von zwei Referenzrahmen bzw. objektivierbaren Bezugsgrößen, die sich in ökonomischen, institutionellen und kulturellen Merkmalen ausdrücken oder sich im Vergleich zu anderen Regionen artikulieren, die zwar formal gleich, aber inhaltlich verschieden sind. Welche Merkmale letztendlich herangezogen werden und welche Bedeutung diesen Merkmalen zugewiesen wird, hängt von der Tätigkeit konkreter sozialer Akteure ab. Eine Region, so Pintarits, ist nicht etwas Naturhaftes, sondern wird von sozialen Akteuren konstruiert.

Diese These kann anhand der Geschichte des Begriffs „Europaregion Tirol“ exemplarisch nachvollzogen werden. Es handelt sich dabei um einen Begriff, den die politischen Akteure in den letzten 30 Jahren des europäischen Integrationsprozesses immer wieder den

veränderten politischen Zielsetzungen angepaßt haben und der sich heute noch in einem Transformationsprozeß befindet, ohne daß sich definitiv abzeichnet, wohin die begrifflich-inhaltliche Reise führen wird. Verschiedene politische Akteure schreiben dem Begriff „Euroregion Tirol“ nach wie vor unterschiedliche Inhalte, geopolitische Einbindungen und Funktionen zu.

Wenn wir den Bogen von der Genesis des Begriffs bis heute spannen, so hat sich der inhaltliche Transformationsprozeß in drei Etappen vollzogen, die sich unter folgende politische Projekte subsumieren lassen:

1. Alter Regionalismus und ethnischer Föderalismus
2. Neuer Regionalismus und das Europa der Regionen
3. Transnationale Kooperation zwischen Institutionalistinnen und Pragmatikern

1. Alter Regionalismus und ethnischer Föderalismus

In den siebziger Jahren kam es in Europa zu einem ethnischen Revival. Ethnische regionale Bewegungen, die unter den Begriff des politischen Regionalismus fallen, gingen von einem Bewußtsein ihrer subnationalen Besonderheit aus: Schotten, Nordiren, Flamen und Wallonen, Okzitanen, Katalanen, Basken, Korsen, Südtiroler, Elsässer und andere pochten auf ihre regionale Identität, auf ihre Sonderqualitäten, auf territoriale und politische Autonomie.

Diese politisch-kulturellen Ansprüche richteten sich gegen das staatliche Zentrum und artikulierten sich folglich als innerstaatliche Konflikte. Nach Dirk Gerdes gingen die Regionalisten von der Existenz homogener Räume innerhalb von Nationalstaaten aus, wobei diese Homogenität mit historisch-kulturellen, politischen und/oder wirtschaftlichen Charakteristiken ausgestattet wurde.

Die Ausgrenzung solcher Regionen erfolgte in Bezug auf eine übergeordnete Raumeinheit, im Regelfall eines Staates, der die Existenz oder Identität historisch-kulturell, politisch und/oder wirtschaftlich zu bedrohen schien. Die Postulierung homogener Räume innerhalb eines Staates führte dazu, daß der in seiner politischen Artikulation unterschiedlich konzipierte Regionalismus zu einem Störellement wurde und in direkte Konkurrenz zu antagonistisch konzipierten Staats- und Gesellschaftssystemen trat.

Zentraler Ausgangspunkt ist dabei die Idee der Homogenität; die sogenannten alten Regionalisten stellen die Bevölkerung des entsprechenden Territoriums als homogen dar. Betont wird die ethnisch-kulturelle Homogenität der Bevölkerung, oder zumindest ihre kulturelle-mentalitätsmäßige Ähnlichkeit bis hin zur gemeinsamen Betroffenheit durch negative Einwirkungen von außen. Davon ausgehend wird die Gleichartigkeit der Interessen der Betroffenen gegenüber anderen Regionen oder dem übergeordneten System behauptet.

Um diese präsumptive Homogenität argumentativ und/oder emotional zu verstärken, wird sie mit dem Begriff Gemeinschaft gekoppelt, der als Gegensatz zum Begriff Gesellschaft gesetzt wird. Unter Gesellschaft versteht dieser Ansatz ein säkularisiertes, pluralistisches, politisches System. Demgegenüber ist Gemeinschaft eine vormoderne Kategorie, die auf familialen und tribalistischen Strukturen beruht, wobei vom einheitlichen ethnischen Fundament gemeinsame Interessen abgeleitet werden. Gemeinschaft wird in diesem Zusammenhang als absolute Kategorie geführt, die alle anderen sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bruchlinien überlagert. Die Kategorien der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft sind Ausdruck einer augenscheinlich nunmehr demokratisch legitimierten „Volksgemeinschaft“. Von dieser Volksgemeinschaft sind nicht nur die „anderen“ ausgeschlossen, sondern auch jene Bürger und Bürgerinnen, die die internen Regeln durchbrechen.

Dieser Ideologie liegt der ethnische Föderalismus zugrunde, eine Mischung aus Regionalismus und Nationalismus. Einer ihrer Vordenker war der französische Theoretiker Guy Héraud, der (bei aller Distanzierung von rassistischen Theorien) an der klassischen Einteilung der Europäer in Rassen nach alpinen, mediterranen, dinarischen, osteuropoiden und nordischen Merkmalen festhielt, auch wenn er ihr keine hierarchische Wertigkeit zuwies.

Héraud ging bei der Darlegung der Theorie des ethnischen Föderalismus von der Annahme aus, daß die Einbindung von auf unterschiedlichen Volkscharakteren fußenden „Volkstümer“ in einen Nationalstaat für soziale Spannungen und ständige politische Konflikte Sorge. Hérauds schloß daraus, daß staatsbürgerliche Gemeinschaften nur dann stabil, gesund und harmonisch sind, wenn sie in erster Linie auf einer tiefgreifenden Ähnlichkeit der Charaktere beruhen.

Die politische Konsequenz seiner Analyse war die Forderung nach dem „Europa der Völker“. Europa sollte durch die Schaffung von ethnisch homogenen und autonomen territorialen Einheiten politisch stabilisiert werden. Wo mehrere Sprachgruppen ein gemeinsames Territorium bewohnten, sollten sie so weit als möglich entflochten werden.

Verena Stolcke spricht in diesem Zusammenhang von „kulturellem Fundamentalismus“, der von der Annahme ausgeht, daß verschiedene Kulturen nicht zusammenpassen, den dynamischen, veränderlichen und durchlässigen Charakter von Kulturen leugnet und die Homogenität kultureller Identität unterstreicht.

Die 1977 gegründete Europa-Union-Tirol machte sich Herauds Thesen zu eigen und verschrieb sich dem ethnischen Föderalismus. Eben diese Europa-Union-Tirol führte den Begriff „Europa-Region-Tirol“ in die politische Diskussion ein.

In ihren Schriften forderte die Europa-Union-Tirol den Zusammenschluß Europas auf föderalistischer Grundlage unter Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Volksgruppen und unter Wahrung der unveräußerlichen Menschenrechte. Die Europa-Union-Tirol wollte sich für ein vereintes Europa einsetzen, in dem die sprachliche, kulturelle und geschichtlich gewachsene Eigenart der europäischen Völker respektiert würde. Im ethnischen Föderalismus sah sie ein geeignetes Modell für die Lösung der europäischen Volksgruppenfragen. Auf dieser ideologischen Grundlage forderte sie eine europäische Ordnung, in der „Bevölkerungen mit gleicher Sprache und Lebensart in den politischen Gebilden jeweils zusammengefaßt werden“. Das ethnische Abgrenzungskriterium, so die Organisation, die sich stark an die FUEV (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen) anlehnte, würde am ehesten in Verbindung mit dem Prinzip der Volksabstimmung die Unterdrückungsmöglichkeiten durch stärkere Völker verhindern können. So ein Modell würde die ethnischen Überfremdungsgefahren und die Konfliktherde beseitigen, den Frieden stärken und die ständigen ethnischen Reibungen und einen durch Zweisprachigkeit erhöhten Verwaltungsaufwand eliminieren, schließlich die Gewähr für die Entwicklungsmöglichkeiten der jeweiligen Volksgruppe sein.

Die Europa-Union-Tirol brachte die „Europa-Region-Tirol“ unter ethnoregionalen Vorzeichen erstmals 1985 in die Debatte ein,

nachdem sie bereits 1979 ein Projekt zur „europäischen Lösung für Südtirol“ entwickelt hatte. Die beiden Autoren Fried Esterbauer und Eduard Stoll wiesen darauf hin, daß die Jura-Frage und die erfolgte Abtrennung des Jura vom Kanton Bern in der bereits föderativ strukturierten Schweiz mittels Volksabstimmung das beste Beispiel für die Notwendigkeit der (ethnischen) Selbstbestimmung sei. Im Mittelpunkt des entwickelten Modells stand die Selbstbestimmung Südtirols und die Wiedervereinigung Tirols. Da im Sinne eines ethnischen Föderalismus gemischtsprachige regionale Einheiten möglichst beseitigt werden sollten, um Reibungen und Konflikte von vornherein auszuschalten, schlugen die beiden Autoren eine „Entflechtung der ethnischen Interessenslage“ vor. Da etwa 90 % der Italiener in Südtirol in den beiden benachbarten Städten Bozen und Leifers leben, sollten diese nach einer freiwilligen Option in einer territorialen Enklave, in einer Art „transnationalen Grenzregion“ zusammengeschlossen werden. Kritiker sprachen damals in Anlehnung an Südafrika von der Bildung von „Homelands für Italiener“.

Letztlich zielte dieses Projekt einer „Europa-Region-Tirol“ auf eine Wiedervereinigung der beiden seit dem Ende des Ersten Weltkrieges (1918) getrennten Landesteile Nord- und Südtirol durch Selbstbestimmung ab. Die Erweiterung des geographischen Begriffs Tirol auf „Europaregion Tirol“ kam aber nicht nur einem kosmetischen Eingriff gleich, sondern bedeutete auch eine inhaltliche Neuorientierung. Das historische, mehrsprachige Tirol sollte im Sinne des ethnischen Föderalismus ethnisch homogenisiert werden.

Vor den politischen Folgen solcher tribalen Vorstellungen eines homogenen politischen Gemeinwesens warnten später Ralf Dahrendorf und Eric Hobsbawm: Charakteristisch für homogene Nationalstaaten (oder Regionen) sei ein hoher Grad an Aggressivität gegenüber Minderheiten und Nachbarn, während der heterogene Nationalstaat (oder die Region) grundsätzlich herausgefordert sei, „gleiche Rechte für Ungleiche“ zu ermöglichen.

Die Debatte der Ethnoföderalisten um das „Selbstbestimmungsrecht des Volkes Südtirol“ (Héctor Gros Espiell, Otto Kimminich) und um das „Verfassungsmodell für einen europäischen Freistaat Südtirol“ (Felix Ermacora) vollzog sich parallel zur Debatte um den Abschluß des Südtirol-Pakets (der 1992 erfolgte) über die gesamten achtziger Jahre und fand in Teilen der politischen Eliten in Nord- und

Südtirol, insbesondere im nationalen Lager, zahlreiche Anhänger. Den Höhepunkt erlebte diese Bewegung im Jahr 1984 anlässlich der 175-Jahrfeiern im Gedenken an den Aufstand von 1809 unter Führung des Tiroler Nationalhelden Andreas Hofer gegen Franzosen und Bayern, als die Forderung nach Selbstbestimmung durch zahlreiche symbolische Akte und durch Aussagen hoher politischer Exponenten, unter anderem vom Tiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer, internationale Reaktionen hervorriefen. Zahlreiche in Südtirol durchgeführte Terroranschläge durch die Gruppe „Ein Tirol“ begleiteten diese Debatte über die Errichtung eines (Süd)Tiroler Freistaates, der sich im Kleide einer „Europa-Region-Tirol“ präsentierte, und schaffte ein neues Klima der Spannungen unter den Sprachgruppen in Südtirol.

2. Neuer Regionalismus und das Europa der Regionen

Während sich die Vertreter eines ethnischen Regionalismus weiterhin mit Konzepten und Strategien zur Selbstbestimmung Südtirols, zur Südtiroler Eigenstaatlichkeit, zur Wiedervereinigung mit dem Bundesland Tirol und folglich mit Österreich beschäftigten, ging der europäische Integrationsprozeß weiter. Zwar vertraten auch die Ethnoföderalisten die These, daß das Ziel einer geopolitischen Neuordnung Südtirols über die Verwirklichung des „Europa der Regionen“ zu verfolgen sei, aber der Perspektivenwechsel war nur zur Hälfte vollzogen worden. Allzu stark war der Ethnoföderalismus auf den Nationalstaat konzentriert, auf Gefechte mit dem staatlichen Zentrum, um die Steuerungskrise der Nationalstaaten in ihrem Konzept zu reflektieren. Zwar war die europäische Ordnung noch nationalstaatlich geprägt, doch verlor der Nationalstaat zunehmend seine privilegierte Stellung im *policy making*. Politik und Territorium waren schon längst nicht mehr deckungsgleich. Das Auseinanderfallen von politischer Entscheidungshoheit und territorialer Einheit war die Folge globaler und kontinentaler, ökonomischer und politischer Umwälzungen, die sich in Europa in den achtziger Jahren mit dem Binnenmarkt und zu Beginn der neunziger Jahre mit dem Vertrag zur Europäischen Union manifestierten. Im Zuge dieser Entwicklung der EG/EU traten die Nationalstaaten Teile ihrer Souveränität an Brüssel ab. Mit der Einführung des Euro als gemeinsame Währung im

Jahr 2002 werden sie einen weiteren wesentlichen Schritt zur europäischen Integration setzten. Mit dem Erstarken der Europäischen Gemeinschaft änderte sich der politische Bezugsrahmen der regionalen Bewegungen. Potentiale regionaler Autonomien werden nun neben der Achse Zentrum/Peripherie zunehmend auf der Achse Europäische Union/Region ausgeschöpft, genauso wie der Regionalismus – laut Rolf Lindner – zunehmend zum Komplement der politischen und ökonomischen Neuordnung wird.

Die Änderung der Machtverhältnisse durch die Verlagerung von Kompetenzen vom Nationalstaat zur EU-Zentrale hat ein Abklingen territorialer Abkoppelungsbewegungen zur Folge. Regionalismus hat eine neue Dimension und eine neue Qualität erhalten. Regionen gelten in der institutionellen Architektur der EU als dritte Ebene nach Nationalstaat und supranationaler Organisation.

Das Unbehagen regionaler Akteure gegenüber vermeintlichen oder tatsächlichen Zentralisierungstendenzen innerhalb der EU hat 1991 dazu geführt, daß im Vertrag von Maastricht auch der Begriff „Europa der Regionen“ Eingang gefunden hat. Die radikalste Ausprägung dieses neuen politischen Konzepts sieht die Ersetzung der Nationalstaaten durch (Groß)Regionen oder Regionalstaaten in der EU vor.

Der Perspektivenwechsel vom Nationalstaat zur supranationalen EU wurde auch in Süd- und Nordtirol mit Interesse verfolgt, wobei sich eine gewisse Gleichzeitigkeit des „alten“ und „neuen“ Regionalismus ergab. Die Vertreter des „alten“ und des „neuen“ Regionalismus hielten am selben politischen Ziel fest: Die Wiedervereinigung von Südtirol mit dem Bundesland Tirol. Dieses Ziel bildete die gemeinsame Plattform eines Großteils der in dieser Frage stark engagierten politischen Kräfte, wenn auch unterschiedliche Strategien zu dessen Verwirklichung verfolgt wurden.

Einen neuen Höhepunkt erlebte die Debatte rund um die Wiedervereinigung Tirols mit dem Fall der Berliner Mauer (1989) und dem Ende des Ost-West-Konflikts. Insbesondere der nationale Flügel der SVP forderte die Partei öffentlich auf, einen „slowenischen Weg“ in die Unabhängigkeit einzuschlagen. Dazu diente auch die große Brennerkundgebung im Frühjahr 1991, die von den beiden Landesjugendorganisationen der SVP und der ÖVP veranstaltet wurde. Doch vor einem „direkten“ Weg zur Wiedervereinigung schreckten die po-

litischen Eliten in Nord- und Südtirol zurück. Sowohl Österreich als auch Italien bremsten solche Initiativen mit Entschiedenheit ein, und auch auf europäischer Ebene fanden sich keine Bündnispartner. Aufgrund der geringen Konsensfähigkeit bei den politischen Entscheidungsträgern wurde ein „sanfter“ Weg eingeschlagen.

1992 wurde der bei der UNO seit 1960 anhängende Streifall zwischen Italien und Österreich wegen des Problems Südtirol beendet. In diese Nachpaketära fallen auch die verstärkten politischen und ideologischen Aktivitäten zur Errichtung einer Europaregion Tirol. Die SVP bediente sich dieses Konzepts, um das mit dem Paketabschluß bestehende politische Vakuum auszufüllen. Jahrzehntlang fungierte der Einsatz um die Autonomie Südtirols und um den Paketabschluß als ethnischer Kitt und als politischer Kohäsionsfaktor in der SVP. Diese Funktion sollte nun die Vision einer Europaregion erfüllen. Für die Tiroler ÖVP bedeutete ein solches Projekt die Betonung der Selbständigkeit Tirols und eine Abkoppelung von der Bundespartei, die sich in einer tiefen Krise befand. Dadurch wurden alte Anti-Wien-Ressentiments wachgerufen, die funktional eingesetzt werden konnten. Doch unabhängig von der tagespolitischen Funktionalität eines solchen Projekts blieb die Wiedervereinigung Tirols im Hintergrund nach wie vor präsent.

Schon im April 1989 hatte der SVP-Fraktionssprecher im Südtiroler Landtag, Hubert Frasnelli, die Idee einer „Europäischen Region Trentino-Südtirol“ lanciert, die er 1991 im Sinne einer dreisprachigen „Europäischen Region Tirol/Tirol/Trentino“ erweiterte. Frasnelli wollte eine solche Region im Kontext eines Europa der Regionen verstanden wissen.

Es war dann vor allem der Tiroler Landeshauptmann Alois Partl, der die „Europaregion Tirol“ wieder verstärkt in die politische Debatte einbrachte. Zu Beginn dieser Diskussion war die Bedeutung und die Tragweite dieses Begriffs noch völlig unklar: Anfänglich fielen darunter nur die beiden Landesteile Nord- und Südtirol, erst später wurde auch das Trentino miteinbezogen.

Im September 1992 forderten der Südtiroler und der Nordtiroler Landtag in gemeinsamer Sitzung ihre Landesregierungen auf, einen „Runden Tisch“ einzuberufen, der das Konzept einer „Europaregion Tirol“ vertiefen und weiterentwickeln sollte. Am Runden Tisch nahmen PolitikerInnen und Fachleute aus Tirol und Südtirol teil, erst

später (1993) auch aus dem Trentino. Die Italiener Südtirols waren dabei stark unterrepräsentiert.

Der formale Startschuß zur Konzeption und Schaffung einer Europaregion Tirol fiel am 2. Juni 1993 bei der Sitzung des „Viererlandtages“ in Innsbruck, der die einzelnen Landesregierungen aufforderte, eine „auf die konkrete verfassungs- und kompetenzrechtliche Lage der Länder Südtirol, Tirol und Trentino zugeschnittene sowie die zwischen Österreich und Italien bestehenden völkerrechtlichen Verträge, insbesondere den Pariser Vertrag und die Madrider Konvention berücksichtigende Modellvereinbarung zur Schaffung einer europäischen Region auszuarbeiten und Möglichkeiten zur Mitwirkung Vorarlbergs vorzusehen.“ Dies bedeutete die Aufforderung an die Politik, ein Modellstatut für die zukünftige Europaregion Tirol zu schaffen. (Vorarlberg zog sich aus diesem Projekt sehr bald zurück und nimmt seit damals einen Beobachterstatus ein).

Die Ziele der Politik waren dabei sehr allgemein gehalten: Die Europaregion sollte im Rahmen eines eigenen statutarischen Modells eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit garantieren und damit für die Bewohner der drei Landesteile den größtmöglichen Vorteil erzielen.

Dabei sollte sich die Ausarbeitung des Modellstatuts an drei Konstruktionshypothesen orientieren: Die erste sah in Anlehnung an die Arge Alp lediglich eine koordinierende Zusammenarbeit ohne rechtliche Bindungen und ohne institutionelle Ausgestaltung vor. Als zweite Hypothese zog man den Abschluß von privatrechtlichen Verträgen zwischen den einzelnen Ländern Tirol, Südtirol und dem Trentino in Betracht. Die dritte Lösung schließlich sah die Schaffung von gemeinsamen Institutionen über einen Vertrag zwischen Österreich und Italien vor. Eine weitere, rechtlich schwieriger durchzusetzende Variante erwägte einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen den Ländern Südtirol, Tirol und Trentino.

3. Transnationale Kooperation zwischen Institutionalistern und kulturellen Pragmatikern

In der Debatte um die Europaregion Tirol blieb die Überwindung der Staatsgrenze zwischen Süd- und Nordtirol das zentrale Anliegen. Exponenten der SVP (Franz Pahl) und der ÖVP (Andreas Khol) spra-

chen sich im politischen Bereich für diese Richtung aus. Wissenschaftler entwickelten eine Reihe von Modellen und führten unterschiedliche Begriffe in die Debatte ein: eine „Vollautonomie“ zwischen den beiden Ländern Süd- und Nordtirol etwa, oder ein neues „Bundesland Tirol“, das Bozen und Innsbruck umfassen sollte. In der ersten Diskussionsphase blieb das Trentino vom Projekt Europaregion ausgeschlossen. Von Exponenten Nord- und Südtirols wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die Einbeziehung des Trentino das Primärziel einer Europaregion Tirol, die beiden 1918 getrennten Landesteile näher zusammenzurücken, nicht schmälern würde.

Insbesondere in der ersten Phase, als solche Modelle im Sinne des „neuen„ Regionalismus erstellt wurden, schwammen noch Vorstellungen des „alten“ Regionalismus mit. Der „alte“ Regionalismus sah die Überwindung der Staatsgrenzen nicht primär im Kontext der europäischen Integration, sondern war mit einem „kulturellen“ Fundamentalismus gekoppelt, der sich mit den Vorstellungen der Ethnoföderalisten noch weitgehend deckte. Das Konzept einer Europaregion Tirol wurde in erster Linie als Modell zur „nationalen Befreiung“ angesehen. Fragen der Demokratie und des friedlichen Zusammenlebens, der sprachgruppenübergreifenden Zusammenarbeit in Richtung Multikulturalität waren kein Thema. Vielmehr orientierten sich diese Theoretiker der institutionalisierten Europaregion eher am Konzept der Gemeinschaft im Gegensatz zum Modell der Gesellschaft. Exponenten dieser Schule schlossen das Trentino von der Europaregion entweder ganz aus, oder meldeten große Vorbehalte an.

Da eine offene Wiedervereinigung nicht durchzusetzen schien, sollte eine „sanfte Wiedervereinigung“ Tirols über die Konstruktion einer grenzüberschreitenden Euroregion verwirklicht werden, ein Modell, das in anderen Ländern der EU bereits existierte. Dieses Modell sieht die Zusammenarbeit auf interregionaler Ebene sowohl an den Binnen- als auch an den Außengrenzen der EU vor, und zwar sowohl bilateral als auch multilateral. Solche grenzüberschreitende Kooperationen sollten einen Beitrag zur Lösung wirtschaftlicher Probleme von Grenzregionen leisten. Außerdem sollten alte Kultur- und Wirtschaftsräume wieder näher zusammenrücken. Regionen, die solche Projekte entwickelten, setzten die Überwindung staatlicher Grenzen als wichtiges Ziel, um auf sozialer, ökonomischer, ökologischer, infrastruktureller und kultureller Ebene besser zusammenarbeiten zu können.

Eine Vorreiterrolle spielten dabei die Gebiete entlang der deutsch-niederländisch-belgischen Grenze, wo fünf Regionen seit 1958 eine intensive grenzüberschreitende Kooperation pflegen.

Im Gegensatz zu den informellen Modellen einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zielten die Institutionalistinnen auf die Verabschiedung einer eigenen Verfassung ab, wodurch ein eigener Regionalstaat geschaffen werden sollte.

Um die Bedenken gegenüber einer ethnonationalen Konstruktion zu beseitigen, sollte in einem solchen Regionalstaat nicht nur Nord- und Südtirol, sondern auch das Trentino miteinbezogen werden. Dieses Konzept nahm sich vor, durch die Schaffung eines Regionalstaates eine maximale Autonomie vom Zentralstaat zu sichern. Zum anderen sollte die Europäische Union die mit hohen Kosten verbundenen Politikbereiche wie die Währungspolitik, die gemeinsame Außen- und Sicherheits- sowie die Justiz- und Innenpolitik (u.a.) übernehmen.

Im Zuge dieser Institutionalisierungs-Debatte schalteten sich verstärkt jene politischen Akteure ein (Grüne, linke Demokraten, Teile der Zivilgesellschaft), die nicht dem Konzept der formalisierten „Gemeinschaft“, sondern der informellen „Gesellschaft“ den Vorzug gaben. Insbesondere wurde beim Modell der Institutionalisierung auf die Gefahr eines Grenzrevisionismus hingewiesen. Als abschreckende Beispiele wurden die grenzüberschreitenden Europaregionen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Polen und Tschechien genannt, die als ethnoregionale Konzepte das Eindringen Deutschlands in ehemalige, 1945 verlorene deutsche Gebiete ermöglichen sollten. Mit einem solchen Modell zwischen Nord- und Südtirol hatten rechtskonservative Theoretiker auch offen sympathisiert (u. a. Mölzer, Hatzebichler, Warschinger).

Den ethnozentristischen Vorstellungen wurde von all jenen, die sich der nationalen, nationalistischen und völkischen Logik widersetzen, eine mehrsprachige und interethnische Europaregion gegenübergestellt. Demnach werden grenzüberschreitende Regionen ausschließlich auf der Grundlage der EU-Integrationspolitik reflektiert und werden an ihrer Kapazität gemessen, den Nationalismus zu überwinden. Von diesen „kulturellen Pragmatikern“ wird einer Europaregion nur dann eine reelle Chance eingeräumt, wenn diese von jedem Verdacht ethnonationaler Politik frei ist, zumal hinter dem Begriff einer

Europaregion Tirol noch allzustark ein ideologisches Konstrukt zu finden ist und weniger die grenzüberschreitende, konkret-pragmatische Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft der einzelnen Länder. Und als es den InstitutionalistInnen im Mai 1996 nicht gelang, eine Euregio-Verfassung zu verabschieden, überließen sie immer mehr den Pragmatikern das Feld.

1996 hätten nämlich bei der gemeinsamen Landtagsitzung von Nordtirol, Südtirol und dem Trentino in Riva del Garda die Vertreter der drei Länder und Provinzen das Statut, also die neue Landesverfassung verabschieden sollen. Verfassungsrechtliche Bedenken der beiden Regierungen in Rom und in Wien ließen es aber nicht opportun erscheinen, die Europaregion als öffentliche Körperschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit aus der Taufe zu heben.

Nach dem Scheitern einer Institutionalisierung der Europaregion Tirol verabschiedeten die Landesregierungen von Trient und Tirol sowie der Landtag von Südtirol 1998 die „Vereinbarung über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen einer Europaregion zwischen der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol, der Autonomen Provinz Trient und dem Land Tirol“. Diese Vereinbarung stützt sich auf das Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Italien über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften, das 1993 in Wien unterzeichnet wurde. Sie erfolgte einige Tage vor dem Inkrafttreten des Abkommens von Schengen am 1. April 1998 über den freien Personenverkehr innerhalb von 13 EU-Ländern.

Im Vertragstext heißt es unter anderem: „Die Parteien der vorliegenden Vereinbarung fördern und verwirklichen Initiativen der grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit, auch im Rahmen von EU-Programmen. Hiezu schaffen sie rechtliche und operative Organisationsformen, die geeignet sind, in verbindlicher Weise eine wirksame, zweckmäßige, rasche und wirtschaftliche Zusammenarbeit sicherzustellen.“ In Zukunft sollen in Bereichen von gemeinsamen Interesse Informationsaustausch, Konsultationen und Beschlüsse erfolgen.

Diese Formulierung weist auf den neuen, eher pragmatischen Charakter der Europaregion Tirol hin. Eine politische Wende, die neben den politischen Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene auf die Haltung der Zivilgesellschaft zurückgeht. In einer 1996 durch-

geführten repräsentativen Umfrage im Bundesland Tirol und in den beiden Provinzen Bozen und Trient wird nämlich deutlich, daß weder die Südtiroler (11,1 %) noch die Nordtiroler Bevölkerung, wenn auch bedeutend schwächer (45,4 %) bei diesem Projekt an eine versteckte Wiedervereinigung der beiden Landesteile denkt.

Grundsätzlich stößt eine potentielle Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern in der Bevölkerung auf eine breite, pragmatisch determinierte Zustimmung. Detailliert betrachtet, sind die Umfrageergebnisse relativ heterogen. Es gibt zwar emotionale Bindungen zwischen der Bevölkerung der drei Länder, doch unterscheiden sich diese wenig von den Beziehungen zu anderen Nachbarländern. Es wäre somit nicht unbedingt zwingend, gerade diese drei Länder zu einer neuen Einheit zusammenzuschließen.

Auch die Sympathien gegenüber der Europaregion sind nicht einheitlich: Im Bundesland Tirol wird dem Projekt überwiegend mit Zustimmung begegnet; im Trentino wird es sogar von einer relativen Mehrheit abgelehnt (viele Trentiner äußern sich überhaupt nicht dazu); Südtirol liegt dazwischen, wobei eine überwiegend positive Einstellung der deutschsprachigen Bevölkerung einer relativ skeptischen Haltung der italienischsprachigen Südtiroler gegenübersteht.

Das Sympathiegefühl korreliert mit dem Informationsstand. Dieser ist in Tirol am höchsten, im Trentino am niedrigsten. Mangelndes Wissen und ablehnende Haltung gegenüber der Europaregion stehen in einem direkten Verhältnis: Je weniger jemand informiert ist, umso deutlicher seine Ablehnung einer Europaregion Tirol.

Seit 1996 ist es rund um das Projekt „Europaregion Tirol“ eher still geworden. Auch wenn die drei Länder 1998 das Einvernehmensprotokoll verabschiedet haben, hat es seitdem keine qualitativ neuen Schritte zur Weiterentwicklung gegeben. In der Provinz Trient steckt die treibende Kraft eines solches Projekts, der Partito Autonomista Trentino Tirolese, in einer tiefen Krise: Er hat stark an Wählerkonsens verloren und mußte die Regierungs- mit der Oppositionsbank eintauschen. Auf der Agenda der SVP und der ÖVP, treibende Kräfte in den beiden anderen Ländern, stehen Probleme, die die Europaregion in die zweite Reihe gerückt haben.

Nur von Zeit zu Zeit taucht der Begriff „Europaregion“ auf, wenn einige kleinere Projekte grenzüberschreitend initiiert werden. Zwischen dem Südtiroler Pustertal und Osttirol fand 1999/2000 unter der

Bezeichnung „Europaregion 2000“ ein Ideenwettbewerb zur besseren Zusammenarbeit der beiden Landesteile statt. Anlässlich der Weltausstellung in Hannover ab Frühjahr 2000 präsentieren sich die drei Länder Tirol, Südtirol und Trentino gemeinsam. Mitte 2000 soll ein „Alpenmanifest“ verabschiedet werden, mit dem die wirtschaftliche und soziale Zukunft des Alpenraums gegenüber gesamtstaatlichen und EU-Positionen verteidigt werden soll. Im Jahre 2002 werden die Bäcker aus den drei Ländern bei der größten Fachmesse in Stuttgart gemeinsam auftreten.

Für die Interessensvertretung gegenüber der EU wird von Tirol, Südtirol und dem Trentino seit Jahren ein eigenes Büro in Brüssel geführt. Gegenüber diesem Büro der Europaregion Tirol wurden in Zeiten, als die Institutionalsiten den Ton angaben, besonders von italienischer Seite starke rechtliche Vorbehalte geäußert. Seitdem sich das Ziel einer „sanften“ Wiedervereinigung immer weiter entfernt hat, hat sich auch in dieser Hinsicht eine pragmatische Sichtweise durchgesetzt. Noch im Jahr 2000 soll in Bozen ein neues Sekretariat für das „Etsch-Inn-System“ eingerichtet werden, das die verschiedenen Initiativen koordinieren soll.

Der Begriff „Europaregion Tirol“ kursiert heute eher im Diskurs politischer Eliten, als in der Öffentlichkeit. Allerdings sind derzeit die wirtschaftlichen und politischen Interessen der drei Teile der Europaregion zu unterschiedlich, ist die Stimmungslage zwischen der deutsch- und italienischsprachigen Bevölkerung zu verschieden, um sich als wirtschaftliche und politische Einheit zu präsentieren. Trotzdem könnten andere politische Rahmenbedingungen das Projekt wieder reaktivieren, ist ein Rückgriff auf deren Inhalte, ein durch die Politik instrumentalisierter, somit ideologischer Einsatz vorstellbar.

Dadurch wird deutlich, daß die „Europaregion Tirol“ bislang eine Kopfgeburt geblieben ist, eine politische Konstruktion, ein Diskurs, dessen Inhalt sich in den letzten 30 Jahren immer wieder gewandelt hat. Ein Diskurs, der als Musterbeispiel für die These gelten kann, daß Regionen keine naturhaft gewachsenen, geographischen Gebilde sind, sondern Konstruktionen sozialer Akteure.

- Giuliana ANDREOTTI, Euroregione Tirol. Un nuovo modo di pensare l' Europa – Europaregion Tirol. Eine neue Art, sich Europa vorzustellen (Studi accademici trentini), Trento 1995
- Günter BRIBAUM, Zielvorstellungen Europaregion Tirol – Rahmenbedingungen im Wandel. In: Fritz STAUDIGL/Renate FISCHLER (Hrsg.), Die Teilnahme der Bundesländer am europäischen Integrationsprozeß (Schriftenreihe des Instituts für Föderalismusforschung 66), Wien 1996, S. 10–12
- Jochen BLASCHKE (Hrsg.), Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen, Frankfurt a. M. 1980
- Europa-Union-Tirol (Hrsg.), Europa der Regionen. Südtirol – Weg in die Zukunft, Bruneck 1985
- Europa-Union-Tirol (Hrsg.), Süd-Tirol. Weg in die Zukunft, Bruneck 1985
- Europa-Region-Tirol (Hrsg.), Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes Südtirols aufgrund des Völkerrechts, Bruneck 1987
- Hubert FRASNELLI, Autonomie, Europa, Föderalismus, Minderheiten. Südtirol nach dem Paketabschluß (unveröffentl. Manuskript), Bozen 1991
- Jens GABBE, Institutionelle Aspekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Grenzüberschreitende Raumplanung (Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Nr. 188), Hannover 1992
- Dirk GERDES, Regionalismus und Politikwissenschaft: Zur Wiederentdeckung von „Territorialität“ als innenpolitische Konfliktdimension. In: Geographische Rundschau 39 (1987), S. 526–531
- Walter von GOLDENBACH/Hans-Rüdiger MINOW, Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas, Berlin 1997
- Jürgen HATZENBICHLER/Andreas MÖLZER, Europa der Regionen, Graz 1993
- Guy HÉRAUD, L'Europe des ethnies, Paris 1974
- Ulrich HÖLLRIGL, Europaregion Tirol. Ein politisches Projekt im Spannungsfeld zwischen Ankündigungspolitik und Wirklichkeit, EU-Regionalismus und Tiroler Landeseinheit, politikwiss. Dipl., Innsbruck 1995
- Rudolf HRBEK/Sabine WEYLAND, Betrifft: Das Europa der Regionen. Fakten, Probleme, Perspektiven, München 1994
- Michael KORINMANN, Euroregioni o nuovi Länder? In: Limes. Rivista italiana di geopolitica, 4 (1993), S. 65–84
- Rolf LINDNER (Hrsg.), Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt a. M./New York 1994
- Bruno LUVERÀ, Oltre il confine. Euregio e conflitto etnico: tra regionalismo europeo e nuovi nazionalismi in Trentino-Alto Adige (Studi e Ricerche CCCLXV), Bologna 1996
- Bruno LUVERÀ, Prospettive e rischi del neoregionalismo europeo. In: Il Mulino 1 (1996), S. 136–148
- Bruno LUVERÀ, I confini dell'odio. Il nazionalismo etnico e la nuova destra europea, Roma 1999
- Paolo MAGAGNOTTI, Euregio che cosa è. Dall'Accordino alla Proposta della Regione europea del Tirol (Regione Autonoma Trentino-Alto Adige), Trento 1996
- Michael MORASS, Regionale Interessen auf dem Weg in die Europäische Union. Strukturelle Entwicklungen und Perspektiven der Interessensvermittlung österreichischer und deutscher Landesakteure im Rahmen der Europäischen Integration (Schriftenreihe des Instituts für Föderalismusforschung), Wien 1994
- Rainer NICK/Günther PALLAVER, Jenseits von Grenzen. Die Europaregion aus der Sicht der Bevölkerung. Tirol-Südtirol-Trentino, Innsbruck 1998
- Franz PAHL, Tiroler Einheit – jetzt!, Kiel 1991
- Franz PAHL, Papier für die SVP-Klausurtagung vom 27. Mai/6. Juni 1994 in Liechtenstein am Ritten (unveröffentl. Manuskript), o. O. 1994
- Francesco PALERMO, Il potere delle regioni. Ricostruzione in chiave comparata di un potere interno alla costituzione italiana (Ius publicum europaeum 2), Verona 1996

- Günther PALLAVER, L'erba del vicino. Italien-Österreich. Nachbarn in Europa. In: Rolf STEININGER/Michael GEHLER (Hrsg.), Österreich und die europäische Integration 1945–1993, Wien/Köln/Weimar 1993, S. 226–266.
- Vincenzo PASSERINI (Hrsg.), Euregio. Il ponte o il muro. Incentivi nel dibattito Consiliare Regionale e Provinciale 1994–1995 e documenti, Rovereto 1996
- Anton PELINKA, Euregio tirolese. Fantasma o chance? In: Il Mulino 4 (1996), S. 787–792
- Peter PERNTHALER, Tirol und die Neuordnung Europas. In: Das Fenster 5/51 (1991), S. 4982–4986
- Peter PERNTHALER/Sergio ORTINO (Hrsg.), Europaregion Tirol/Euregio Tirol. Rechtliche Voraussetzungen und Schranken der Institutionalisierung / Le basi giuridiche ed i limiti della sua istituzionalizzazione, Trento/Trient 1997
- Sylvia PINTARITS, Macht, Demokratie und Regionen in Europa. Analysen und Szenarien der Integration und Desintegration (Beiträge zur Sozioökonomie 3), Marburg 1996
- Barbara ROTTENSTEINER, Die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino. In: skolast. Zeitschrift der Südtiroler HochschülerInnen/Rivista dell'associazione studenti/esse universitari/e sudtirolesi 3 (1996), S. 20–27
- Roland STAUDER, Tirol und das Europa der Regionen, politikwiss. Dipl., Innsbruck 1997
- Verena STOLCKE, Kultureller Fundamentalismus. In: Rolf LINDNER (Hrsg.): Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt a. M./New York 1994, S. 36–63
- Marco VIOLA, Die Europaregion Tirol als Beispiel einer engen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft. In: Fritz STAUDIGL/Renate FISCHLER (Hrsg.), Die Teilnahme der Bundesländer am europäischen Integrationsprozeß (Schriftenreihe des Instituts für Föderalismusforschung 66), Wien 1996, S. 13–19
- Franz WARSCHINGER, Die rechtlichen und politischen Grundlagen einer Europaregion Tirol, rechtswiss. Dipl., Innsbruck 1997
- Alessandra ZENDRON, Euroregione, democrazia, regionalismo, federalismo e Europa. Euregio-Seminar. Circolo della Stampa, Bolzano 1996, S. 2–7